

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Der Volksfreund. 1901-1932 1906

107 (9.5.1906) Zweites Blatt

Volksschule, denn die Religion hat als solche mit der staatlichen Volksschule durchaus nichts zu tun! Ich weiß wohl, daß uns in der Presse deshalb höchstwahrscheinlich der Vorwurf der Religionsfeindschaft gemacht wird. Das ist durchaus nicht richtig, indem wir der Kirche auf dem Gebiet volle Freiheit lassen; wir geben ihr alles das, auf was sie mit Recht Anspruch hat, aber der Kirche Privilegien zu geben, die andere Gemeinschaften nicht haben, dazu haben wir am allerwenigsten Veranlassung.

Welcher Zustand ist es heute, wo auch bei dem Lehrer dieselben Widersprüche sich entwickeln wie früher beim erwachsenen Mann durch das, was er hingelernt. Ich kenne eine ganze Reihe von Lehrern, die haben mir gesagt, daß es sehr viele gebe, die mit dem kirchlichen Glauben völlig gebrochen haben und trotzdem gezwungen werden, Religionsunterricht zu erteilen. Was soll da gutes herauskommen? Haben Sie (zum Zentrum) als Vertreter der „alleinseugnismadenden Religion“ wirklich ein Interesse daran, daß ein solcher Lehrer in der Schule Religionsunterricht erteilt? Ich glaube, Sie hätten das größte Interesse daran, zu sagen, daß das nicht gut ist, wenn solche Leute Religionsunterricht erteilen. Diejenigen Leute sollen den Religionsunterricht erteilen, die dazu berufen sind, die das auch glauben, was sie in der Religionsstunde den Kindern lehren. Die Bremer Lehrerschaft hat eine Agitation in der Lehrerschaft eingeleitet, die noch in der Entwicklung begriffen ist. Sie wird zwar zunächst keinen großen Erfolg haben, aber die Volksgeschichte sieht nicht still, auch in Deutschland nicht, und wir werden auch in Deutschland dazu kommen müssen, auf diesem Gebiete eine reine Trennung vorzunehmen und dem Staat dadurch die Mittel an die Hand zu geben, die Volksschule so auszubauen, wie sie ausgebaut werden muß.

Ich will nicht darauf abheben, daß in dem Religionsunterricht, namentlich in dem katholischen, heute noch eine ganze Reihe von Dingen gelehrt werden, für die der Staat schließlich die Verantwortung nicht übernehmen kann — der moderne Verfassungsstaat — und trotzdem wird solcher Religionsunterricht in seinem Namen gegeben. Das geht auf die Dauer nicht, hier muß irgendeine Aenderung eintreten.

Auch das Volk will die Wahrheit wissen.

Sobald wird folgendes in weiten Kreisen mitleidig empfunden: die Leute sagen: gibt es denn zweierlei Vorkommen, eine für die breite Masse des Volkes und eine für die oberen Zehntausend? Warum wird dem Volk das absolut vorenthalten, was Allgemeinart der Wissenschaft heute ist? Ich will nicht sagen, daß in der Volksschule über alle möglichen wissenschaftlichen Gebiete Unterricht erteilt werden soll; aber man soll in der Volksschule nicht Dinge lehren, über welche die Wissenschaft hinaus ist, und man soll vor allem nicht die Zeit damit verstreuen, Dinge zu lehren, für die unsere Zeit nicht das mindeste Interesse hat, während andere Dinge, die für den Konfliktkampf von ungeheurer Wichtigkeit sind, in der Volksschule einfach ignoriert werden? Was ist das für ein Zustand, daß unsere Kinder in der Volksschule — ich weiß es, ich bin selbst in die Volksschule gegangen — von Goethe, Schiller, Lessing, von allen unseren Geistesheroen fast gar nichts lernen als die da ein Gedicht, das sie auswendig lernen müssen? Auf der anderen Seite aber werden sie jahrelang mit orientalischen Wundermärchen gefüllt, sie werden bis zum Ueberdruß gelehrt, wie alt Methusalem war, wer Jakob, Naam, Abraham und alle diese Leute waren. Das wird dem Kinde so eingeprägt, daß man es das ganze Leben nicht vergißt, und das heute im 20. Jahrhundert! Jede Woche werden 3, 4 Stunden damit zugebracht. Ich meine, es wäre an der Zeit, wenn man die Volksschule auf eine höhere Stufe bringen will, daß man damit aufhört. Diejenigen Eltern, die ein Interesse daran haben, daß ihre Kinder diese Wundermärchen lernen, daß z. B. Elias im feurigen Wagen zum Himmel gefahren ist usw., die können es außerhalb der Schule ihre Kinder lehren lassen, aber der Staat soll die Verantwortung dafür nicht übernehmen. Ich finde das wirklich so sehr bedauerlich, daß solche Dinge gelehrt werden und bei der Folge, die man erwarten darf. Ich sage nein, denn es hat noch zu keiner Zeit so viel Unheil auf sich geschoben wie politischem Gebiete gegeben, als in der heutigen. Es gibt Leute, die Religion und Nationalismus nur aus materiellen Gründen pflegen (sehr richtig), die so wenig wie die Altheisten glauben und trotzdem in die Kirche gehen, und trotzdem sich fromm gebärden. (Widerpruch und Lachen beim Zentrum.) Ich meine, das sind Zustände, die nicht mehr lange aufrecht erhalten werden können. Wir haben für detaillierte Unterrichtsgegenstände heute wahrlich einen nützlicheren, besseren Ersatz, und der Staat sollte endlich daran denken, diesen Ersatz den Kindern zu geben; denn, wie gesagt, vorenthalten kann man das dem Volk doch nicht mehr. Wir haben heute Volkshochschulen, und da hören die Leute, was man ihnen vorenthalten hat, die Bewegung hat eingesetzt und kann nicht aufgehalten werden. Warum also erst später den Leuten das zu wissen zu tun, was sie in der Jugend viel leichter und unter ganz anderen Verhältnissen hätten lernen können? Sie müssen auf diesem Gebiet einmal vorangehen, es bleibt nichts anderes übrig.

Kein fauler Kompromiß, sondern ehrliche Konsequenz.

M. O. I. Kein Mensch bestreitet, daß ein Kampf um zwei Weltanschauungen stattfindet; warum also einen faulen Kompromiß aufrecht erhalten, der nicht mehr lange aufrecht zu erhalten ist und der, je länger man ihn aufrecht erhält, jeen zugute kommt, die die Konsequenzen ziehen, nämlich den Herren dort drüben (zum Zentrum gewendet). Die haben vorigen Sommer erklärt, daß sie sich mit der Simultanschule abgefunden haben. Sie haben recht, eine Simultanschule, mit der das Zentrum sich abfindet, ist auch darnach (Geheißzeit), da muß unter allen Umständen eingegriffen werden. Sie lachen ja, Sie haben 28 Sätze, wir bloß 12, aber das ändert sich. Sie werden wohl nicht der Meinung sein, daß Sie schnellere Fortschritte machen werden, als wir. Vor 30 Jahren waren wir die Beratheten und die Heilige Partei und Sie waren genau so stark wie heute (Widerpruch beim Zentrum), ja, nach der Zahl Ihrer Abgeordneten nicht, aber die Zahl Ihrer Anhänger hat in dieser Zeit nicht zugenommen (Lachen im Zentrum), jedenfalls lange nicht im Verhältnis des Bevölkerungszuwachses zugenommen. (Lachen beim Zentrum, Glucke des Präsidenten.) Ich meine also, die Herren auf dieser ja ein Fortschritt gegenüber der Nationalen. Wenn man sagt, es sei hier mit einer typischen Kategorie zu rechnen, die

man nicht so schnell überwinden könne, so sind das alle Menschen, die immer engagiert bleiben werden, wenn es sich um einen Fortschritt handelt. Immer werden die blickendsten Zustände angeführt, die aber der Entwicklung bedürfen. Damit muß gebrochen werden. Die Sozialdemokraten sind es nicht allein, die über den Religionsunterricht, wie er in der Volksschule gelehrt wird, ein abfälliges Urteil abgeben müssen, sondern auch sehr fromme Männer, die es mit der Religion wirklich ernstlich und gut meinen. Dafür habe ich eine ganze Menge Beispiele. Ich habe im Volkstempel einmal ein Urteil von Leo Tolstoi abgedruckt. Tolstoi ist ganz gewiß ein guter Christ, das wird niemand bestreiten wollen, ein wahrhaft frommer Mann — deshalb ist er auch exkommuniziert — (Lachen beim Zentrum) und dieser Mann hat erklärt, die Art, wie heute der Religionsunterricht in unseren Volksschulen erteilt wird, sei geradezu ein Verbrechen an unseren Kindern. Die Zentrumspresse hat natürlich die Gelegenheit benützt, um zu schreiben, der Volkstempel habe das geschrieben, und es hat dann in der ganzen Zentrumspresse die Hand gemacht, der Volkstempel habe die Religion als ein Verbrechen an den Kindern bezeichnet. Daß aber Tolstoi das geschrieben hat, hat man verschwiegen, weil man sich wahrscheinlich gesagt hat, Tolstoi ist ein sehr frommer Mann, viel frommer, christlicher, religiöser als wir, der Religion beruhsamig vertritt und jedenfalls leuchtender in seinen Anschauungen hinsichtlich der religiösen Praxis.

Naturunterricht statt Religion.

Heute ist es die Religion, die sozusagen im Mittelpunkt des Volksschulunterrichts steht. Es besteht, soviel ich weiß, sogar eine Vorlesung, daß der Religionsunterricht möglichst morgens in der Frühe, wenn die Kinder noch frisch und munter sind, erteilt werden muß. Ich halte es für nützlich, man würde morgens früh den Naturunterricht erteilen; dieser gehört in den Mittelpunkt unseres heutigen Volksschulunterrichts gestellt und nicht der Religionsunterricht. Die Kirche muß ihren Religionsunterricht erteilen außerhalb der Schule, so viel sie will und den Eltern beliebt; aber in der Schule darf man nicht ganz wichtige Gegenstände einfach ignorieren und dafür jede Woche 3 oder 4 Stunden die Kinder mit diesen religiösen Geschichten plagen.

Die Stellung der Sozialdemokratie zu dem Schulgesetzentwurf.

M. O. I. Wenn ich am Vorabend dieser meiner prinzipiellen Auffassung den uns vorliegenden Entwurf prüfe, so muß ich zu einem wesentlichen anderen Urteil kommen, als es geht von den Rednern der beiden großen Parteien abgegeben worden ist. Da kann ich nur sagen: Geogen und viel zu leicht befunden. Dieser Entwurf entspricht lange nicht dem, was wir gewünscht hätten, daß man endlich auf dem Gebiet der Volksschule durchführt. Ich habe vorher schon gesagt, die ganze Volksschulfrage wird zu einer reinen Finanzfrage gemacht, und das ist das denkbar Beste, was man auf diesem Gebiet überhaupt tun kann. Die Volksschule war und ist heute noch und bleibt auch für die nächste Zeit das Achsendrödel des Staates sowohl als der Gemeinden. Weder das Staat noch die Gemeinde will dieses Kind als ihr rechtmäßiges auserkennen; jeder sträubt sich dagegen, die Kosten dafür aufzubringen, der eine möchte sie dem andern aufhalsen. Das ist der allerbeste Beweis dafür, wie tief man heute noch die Volksschule einschätzt.

Unsere Forderungen.

Welche Forderungen wie an die Volksschule stellen, das ist ja wohl Ihnen allen bekannt; denn ich darf annehmen, daß Sie unser Programm kennen. Wir haben heute noch nicht die Volksschule, aber es wird dazu kommen, und wenn sie wirklich gesunde Zustände herbeiführen wollen, müssen Sie zur Staatschule kommen; denn das ist sein Zustand, daß jetzt gemauert und gefachert wird darüber, wer eigentlich die Kosten tragen soll, die notwendig aufgebracht werden müssen, wenn wir auf dem Gebiet unserer Volksschule um einen Heinen Schritt wenigstens vorwärts kommen wollen. Schließlich, wenn der Landtag nicht nachgibt, scheitert noch die ganze Vorlage allein daran, weil man nicht weiß, wen man die Kosten aufhalsen will, weil der Staat für die Sünden, die er jahrhundert hindurch gemacht hat, jetzt die Gemeinden verantwortlich machen will. Die Gemeinden sollen bezahlen, was der Staat hätte schon lange bezahlen müssen, wenn er sich auf dem Gebiete der Schule seiner Aufgaben bewußt gewesen wäre. Gewiß, man kann sich auch prinzipiell für eine Gemeindefschule aussprechen; wir sagen durchaus nicht, daß man das nicht kann, unter Umständen würden wir Sozialdemokraten es auch tun. Aber daß wir bei unseren heutigen Gemeindevorhältnissen dazu nicht die mindeste Lust haben, werden Sie begreifen. Wir haben ein elendes rückständiges Gemeindevorhältnis, das uns, den Arbeitern, den Einfluß so beschränkt, daß wir Loren wären, wenn wir den Gemeinden die Schule vollständig ausliefern würden.

Keine neuen Gemeindefschaften.

Die Vorlage will, daß den Gemeinden ein großer erheblicher Teil der Lasten aufgebürdet wird. Nun hat der Herr Staatsminister gestern darüber Berechnungen aufgestellt und unter anderem erklärt: Die paar Mark, die die Kommission bewilligen will, spielen eigentlich gar keine Rolle, wenn nicht mehr bewilligt werden soll, denn kann man schließlich auch darauf verzichten. Auf dem Standpunkt habe ich auch gefanden; die Regierung hat keine Ursache, wegen der 30 000 Mark noch große Reden zu halten, wenn sie nicht mehr bekommt, so kann sie die auch noch übernehmen. Ich meine, die Kommission hätte erklären sollen: Wir gehen über haupt nicht, soweit die Gemeinden in Betracht kommen, der Staat soll es tragen, die Mittel dafür können und müssen aufgebracht werden. Was macht man denn, wenn eine neue Marinevorlage, eine Militärvorlage kommt? Haben wir da auch schon einmal gehört, daß die Regierung erklärt hat: Wenn Ihre Kosten nicht aufbringt, ziehen wir die Vorlage zurück? Das wäre uns ja angenehm, das tut man aber nie, da springt der Landtag jedesmal über den Stod, da weiß er Mittel zu finden. Nur wenn es sich um Kulturfragen und insbesondere um die Volksschule handelt, da sieht man ratlos da und handelt und schwadert und brüt mochenlang, wo man die Mittel hernehmen soll, um diese absolut notwendige Aufgabe lösen zu können. Es ist ein vollständig falscher Standpunkt, den die Regierung einnimmt; an den Schulfragen ist, so lange die Welt steht, noch kein Staat zu Grunde gegangen, aber schon mehr wie eher daran, daß er an der Schule gespart hat, weil man glaubt hat, es sei nicht notwendig, die nötigen Summen in die Volksschule hineinzuführen. Daran franten heute auch die Staaten, die in der Weltgeschichte feinerzeit eine ungeheure Rolle gespielt haben und die heute im Konfliktkampf der Völker nichts mehr bedeuten. Ich weiß auf Italien und Spanien hin, deren Volk heute eine so tiefe Kulturkrise einnimmt, daß es

noch nicht einmal febrile Energie besitzt, um noch immer Gebrüder erwecken zu können.

Die Forderungen der Lehrer.

Ich komme nunmehr zu den Forderungen der Lehrer. Auch da nimmt die Regierung einen Standpunkt ein, den ich schließlich nicht begreife. So wie die Dinge sich bei uns in Baden entwickelt haben, ist die Volksschulfrage tatsächlich eine Lehrerfrage geworden; es hängt in der Tat davon ab, wie wir die Lehrer stellen, ob wir überhaupt die Möglichkeit besitzen, unsere Volksschule aus dem Zustande herauszuretten, in dem sie sich heute befindet. Ich bin der Meinung — und mit mir ist es meine ganze Fraktion — daß die Forderungen der Lehrer durchaus berechtigt sind, daß man daran nicht mehr herumzögeln sollte. Der Herr Staatsminister selber hat ja zugegeben, daß die Volksschullehrer einen außerordentlich wichtigen Beruf erfüllen; daraus muß man aber auch die Konsequenzen in materieller Beziehung ziehen: wenn dieser Beruf für unser staatliches und öffentliches Leben so wichtig ist, dann muß man die Volksschullehrer aber auch so stellen, wie andere Beamte mit ähnlicher Vorbildung schon längst gestellt sind.

Die Regierung hat nun einen Vermittlungsvorschlag gemacht; sie ist nachträglich auf den Satz hinausgegangen, den die Kommission vorgelegt hat — allerdings unter der Voraussetzung, daß erstens einmal die Lehrer nicht in den Gehaltskreis eingezählt, und zweitens, daß sie bei der nächsten Gehaltsaufreivision nicht berücksichtigt werden. Der Herr Staatsminister hat gestern gemeint: bei der übermäßigen Revision kann man sie ja wieder berücksichtigen; allerdings wird dann mancher von den Herren nicht mehr leben. Das ist auch ein Trost für die Lehrer — aber noch schlimmer wie ein gewöhnlicher Mangelkrank!

Warum sollen denn die Lehrer nicht das gleiche Recht haben, wie alle anderen Staatsbeamten? Warum sollen sie immer warten müssen? Wenn die Verhältnisse so liegen, daß es heute Schwierigkeiten bereitet, die Forderungen der Lehrer zu erfüllen, so sind doch daran die Lehrer nicht schuld. Daran ist der Staat selbst schuld, der so lange zugewartet hat, daß infolge des langen Wartens nun auf einmal eine Reihe von Aufgaben erfüllt werden müssen, die viel leichter und viel mehr zur Zufriedenheit hätten gelöst werden können, wenn schon früher damit ein Anfang gemacht worden wäre. Was würden wir erleben, wenn man andere Beamte so behandeln würde, wie man jahrelang unsere Volksschullehrer behandelt hat? Es ist vor einigen Wochen bei irgend welcher Debatte davon die Rede gewesen, daß die Lehrer gewissermaßen sich Disziplinlosigkeit haben zu Schulden kommen lassen. Von Disziplinlosigkeit kann da keine Rede sein; aber wenn die Lehrer etwas lauter als andere Staatsbeamte getrunken haben, waren sie dazu vollaus im Recht, und wenn sie das nicht getan hätten, dann wären sie heute noch nicht da, wo sie sind: d. h. Volkswirtschaft und Regierung wären jetzt noch nicht dazu gekommen, die berechtigten Wünsche der Lehrer zu erfüllen.

Die Einreihung der Lehrer in den Gehaltsstuf

halten wir für notwendig und für nützlich deshalb, weil nach unserem Dafürhalten weder ein zweckmäßiger noch ein vernünftiger Grund dagegen vorgebracht werden kann. Das, was die Regierung einwendet, das läuft in letzter Linie immer wieder auf finanzielle Bedenken hinaus, die man dann hinter alle möglichen Gründe verbirgt. In Wirklichkeit ist es die Finanzfrage, welche die Regierung abhält, die Lehrer in den Gehaltsstuf einzureihen, weil sie dann selbstverständlich bei der nächsten Gehaltsaufreivision auch wieder die Lehrer berücksichtigen müßte. Aber wenn diese Einreihung nicht durchgeführt wird, so wird diese Frage — diese Heberzeugung habe ich — nicht zur Ruhe kommen, und mit Recht nicht zur Ruhe kommen: die Lehrer werden auch fernhin verlangen, daß sie mit allen anderen Staatsbeamten gleichgestellt werden und dazu haben sie ein vollberechtigtes Recht.

Deshalb bin ich der Meinung, daß man, wenn man jetzt schon an die Reform herangeht, die Wünsche der Lehrer in dieser Richtung erfüllen und nicht knausern sollte. Es waren Zeiten da, wo man die Forderungen der Lehrer hätte erfüllen können: das waren die Zeiten der ungeheuren Ueberfluthung, die wir gemacht haben; die Zeiten, wo wir für Millionen Staatsbeamten erfüllt haben, die heute bis auf den letzten Pfennig bezahlt sind; aber die Volksschule wurde damals vernachlässigt, für die hat man in jener Zeit der Ueberfluthung nichts übrig gelassen. Daran war aber nicht nur die Regierung, daran waren auch die großen Parteien schuld, die damals die Regierung unterstützt haben; und die heute noch nicht die Energie entwickeln, wo es sich darum handelt, die Regierung in bezug auf ihre Finanzpolitik auf eine andere Bahn zu bringen. Warum können denn die Städte Greter leisten? Schen Sie hin, wie die Städte ihre Lehrer bezahlen, auf welcher Höhe die städtischen Schulen stehen, und vergleichen Sie einmal damit die Verhältnisse auf dem Lande draußen. Wenn es so weitergeht, wenn die Regierung glaubt, daß sie bei ihrem Standpunkt nicht abweichen könnte, dann werden mit jedem Jahre, davon bin ich sehr überzeugt, die Kalamitäten nicht weniger, sondern größer werden.

Lern- und Lehrmittelfreiheit.

Was unsere Forderung in bezug auf Lern- und Lehrmittelfreiheit betrifft, so sind wir zwar der Ueberzeugung, daß sie noch nicht akzeptiert werden wird, obwohl die Sache nicht so schlimm sein würde. Diese Forderung ist gar keine utopische mehr, sondern sie ist in dem Musterlande Baden schon in einer großen Anzahl von Gemeinden durchgeführt. Der Staat hat die Schulpflicht eingeführt — und aus der Einführung der Schulpflicht erwächst mit Notwendigkeit die Konsequenz, daß auch die Lern- und Lehrmittelfreiheit durchgeführt wird. In dieser Beziehung ist die Schweiz uns auch wieder vollstoll voraus, weil überhaupt auf dem Gebiete des Schul- und Bildungswesens. Die Kosten sind durchaus nicht so groß, daß der Staat sie etwa nicht aufbringen könnte. Der Staat muß doch auch für die Schüler der oberen Zehntausend ungeheuer viel pro Kopf drauflegen; warum soll er nicht auch die Kosten für die Kinder der Masse des Volkes aufbringen? Wenn in unseren Kreisen des Volkes aufgewachsen ist, der weiß, wie schwer es die Eltern trifft, wenn sie drei oder vier Kinder in die Schule gehen haben und pro Quartal acht bis zehn Mark für Schulgebühren zahlen müssen und dabei noch die Lehrmittel und dazu noch die heutigen Löhne!

Lehrerziehung und Lehrerbildung.

Ich komme nun zur Lehrerziehung und Lehrerbildung, die selbstverständlich in dieser Frage auch eine große Rolle spielen. Auch da hat der Staat lange nicht das getan, was er hätte tun müssen. Seit über vierzig Jahren haben wir in Baden die Simultanschule; aber bis zum heutigen Tage ist in dieser Beziehung noch nicht die Konsequenz hinsichtlich der Lehrerseminarien gezogen. Wir haben immer noch die

ta wundern Sie sich, wenn dann schließlich auch konfessionelle Lehrervereine entstehen. Ja, wenn die Leute in religiös einheitlicher Richtung erogen werden und nicht später noch viel dazu lernen, bleiben sie eben in diesen Anschauungen stecken und es ist natürlich, daß sie in bezug auf die Vertretung ihrer Standesinteressen dann nur die Konsequenzen dieser Anschauung ziehen. (Lachen. Wiedemann: Ich war im gemischten Seminar). Ich weiß nicht, welche Zustände bei Ihnen mitgespielt haben, daß Sie auf den Zentrumsbanken sitzen. (Geheißzeit.) Jedenfalls wäre es zweckmäßig, wenn man auch in dieser Richtung die Simultanschule durchzuführen würde. Die Lehrer wünschen das schon lange. Da kommen aber gewisse Herren und sagen: „Man braucht katholische Lehrervereine!“ Und warum? Nicht bloß wegen der materiellen Interessen, nein, aus pädagogischen Gründen: der katholische Lehrer muß nach katholischen Grundsätzen erziehen und bilden.“ Das erleben wir ja alles heute. Denken Sie sich die Konsequenzen aus und Sie werden sagen müssen: auf diesem Wege werden wir zu den schlimmsten Zuständen kommen. Der Staat muß also endlich das tun, was die Lehrer mit Recht wünschen.

Neur Lehrerseminarien.

Wir haben heute zu wenig Lehrerseminarien, das ist allgemein anerkannt — Lehrernot in qualitativer und quantitativer Beziehung — und schon auf dem letzten Landtag wurde dies von der Regierung zugestanden. Kein Wunder, wenn unter tausend Schülern, die die Volksschule besucht haben, vielleicht, wenn es gut geht, ein paar Tugend sind, die in orthographischer und stilistischer Beziehung in acht Jahren richtig schreiben gelernt haben, wo sonst denn auch herkommen: 60, 70, 80 bis zu 120 Schüler muß ein Lehrer unterrichten; und dabei 16 Unterrichtsstunden in der Woche, und davon 3 bis 4 auf den Religionsunterricht. Was soll dabei gutes herauskommen?

Es wird jetzt etwas besser, wenigstens hat es den Anschein. Aber was erleben wir nun jetzt? Es ist bekannt geworden, daß die Lehrer materiell besser gestellt werden sollen und die Folge davon war, daß sich mehr junge Leute dem entsprechenden Studium gewidmet haben. Ich habe letzter Tage gehört, daß sich sowohl in Freiburg wie in Heidelberg doppelt so viel Aspiranten angemeldet haben, als angenommen werden konnten. Man kann zu zunächst bei den Prüfungen etwas strenger verfahren, um so eine bessere Qualität zu erzielen. Aber es wurde gestern konstatiert, daß Leute mit den denkbar besten Zeugnissen zurückgewiesen werden mußten — weil kein Platz vorhanden war. Ich denke das ein Zustand in dem Augenblick, in dem wir unsere Volksschule verbessern wollen, in dem Augenblick, wo die Regierung in ihrer eigenen Vorlage eingeschrieben muß, es wird mindestens 15 Jahre dauern, bis man in normale Zustände hineingekommen ist? Und das bei einer Vorlage, die doch noch so weit zurück ist hinter dem, was wir verlangen!

Ich meine, da hätte die Regierung mit allen Mitteln darauf zu arbeiten müssen, daß wir neben dieser Vorlage auch zugleich eine solche über die Errichtung von vier oder dreier Lehrerseminarien bekommen hätten; denn wir können nicht um die Errichtung derselben herum, die brauchen wir absolut. Warum macht die Regierung keine Vorlage, wo es so notwendig ist? Ich meine, wir haben doch kein Interesse daran, 15 Jahre zu warten, bis wir in den normalen Zustand hineinkommen, wenn wir in 5 Jahren hineinkommen können, wozu die Regierung die nötigen Mittel anfordert. Aber der Herr Staatsminister hat erklärt, daß er nicht in der Lage ist, solche Anordnungen zu stellen, der Herr Finanzminister drückt eben den Taumen auf den Beutel. Aber auch der Herr Finanzminister hätte das denkbar größte Interesse daran, daß in dieser Beziehung das nötige geschieht. Denn die Volksschule ist auch eine volkswirtschaftliche Frage. Je weiter wir in der Bildung zurückbleiben, desto mehr bleiben wir auch in der Steuerkraft zurück.

Nicht die Gemeinden für die Fehler des Staates büßen lassen.

Die Gemeinden sollen jetzt die Sünden der Regierung büßen und sollen begehren. Wenn sie sich dagegen wehren, so tun sie es vollständig mit Recht. Die Vorlage war es vom Standpunkt der Regierung selbst, daß sie es so gemacht hat. Denn wenn man diese Vorlage unpopulär machen wollte, konnte man es nur damit tun, daß man den Gemeinden die Kosten aufhalsen ließ. (Zurufe von verschiedenen Seiten: Sehr richtig! Sehr gut!) Das war wohl auch der Grund, warum man es gemacht hat. Denn die Unpopulärkeit der Vorlage tritt schon in Erscheinung; man sieht, wie der Landtag auf die Vorlage (Widerpruch), weil er merkt, die Vorlage ist durchaus unpopulär, weil die Gemeinden die Kosten aufbringen müssen. Ich meine, der Staat allein muß die Kosten aufbringen, er kann und darf sie den Gemeinden nicht aufhalsen. Die Folge wäre sonst, daß es mit der Volksschule nicht besser würde, sondern eher noch schlechter. Ich habe vorher schon darauf hingewiesen, daß in den Gemeindevorstellungen Leute des Dreifachwahlrechts sitzen und inselgehehen nicht immer die Leute, die das nötige Verständnis für diese Frage haben. (Zurufe des Abg. Oberhoyer.)

Nicht bremsen, sondern vorwärts!

Gestern schon hat es geheißen, wenn man einen einstimmigen Beschluß fassen will, darf man nicht so weit gehen. Es hat aus der Rede der Herren Wenz und Schenbach herausgeklungen, daß sie vor der Regierung zurückweichen, und der Herr Staatsminister hat das sofort auch durchblicken lassen; er hat den Wunsch und die Hoffnung ausgedrückt, daß der Landtag so weit zurückweiche, daß die Regierung die Vorlage annehmen kann. Wir haben aber das größte Interesse daran, daß das nicht geschieht, denn wir haben die Ueberzeugung, daß, wenn der Landtag so weit zurückgeht, wie die Regierung will, das Resultat dem nicht mehr entspricht, was wir verlangen zu müssen. Wir meinen, die Lehrer haben lange genug gewartet; sie haben Anspruch darauf, daß endlich ihre Anforderungen gewürdigt werden. Regierung und Landtag sollten sich nicht auf den kleinsten Standpunkt stellen, daß die Finanzen nicht anstreifen, sondern auf dem Standpunkt, den einmal ein deutscher Philosoph vertreten hat, indem er erklärte, daß dasjenige Volk, das bis in die untersten Stadien die tiefste und die verbreitetste Bildung besitzt, unter den Völkern seiner Zeit das glückseligste und mächtigste sein wird. Wenn man sich auf den Standpunkt stellt, dann allerdings darf man nicht so knausern, dann muß man mit den Mitteln etwas reichlicher vorgehen. Dann wird man auch das Ziel erreichen, das in diesen Worten der Philosophen ausgesprochen ist: man wird das Volk glückselig und mächtig machen. (Lebhaftes Bravo bei den Sozialdemokraten und den Linksliberalen.)

Verantwortlich für den redaktionellen Teil: H. Weisemann; für die Anzeigen: Karl Ziegler. Buchdruckerei und Verlag des Volkstempels, Ged. u. Ges. Sammlungen in Karlsruhe.